

Aktenzeichen:

18 Qs 16/18

2 Cs 37 Js 125812/16 AG Stuttgart-Bad Cannstatt



Landgericht Stuttgart

Beschluss

In dem Strafverfahren gegen

Klaus Oliver **Hartmann**,

geboren am 12. Oktober 1966 in Stuttgart, verheiratet, Beruf: selbstständiger KfZ-Meister,

Staatsangehörigkeit: deutsch, wohnhaft: Walckerstraße 3, 70374 Stuttgart

wegen Vortäuschens einer Straftat

hier: sofortige Beschwerde des Angeklagten Klaus Oliver Hartmann

hat das Landgericht Stuttgart - 18. Große Strafkammer - am 9. März 2018 beschlossen:

1. Die sofortige Beschwerde des Angeklagten gegen den Beschluss des Amtsgerichts Stuttgart-Bad Cannstatt vom 9. Februar 2018 wird als unbegründet

verworfen.

2. Der Angeklagte hat die Kosten seines Rechtsmittels zu tragen.

Gründe:

I.

Der Angeklagte steht ideologisch der Reichsbürgerbewegung nahe. Er unterscheidet zwischen der von ihm sog. „natürlichen Rechtsperson Klaus Oliver Hartmann“ und der nach seiner Rechts-

auffassung davon unabhängigen „juristischen Person/Name/Sache/Treugut Hartmann, Klaus Oliver“, die von der Bundesrepublik Deutschland „erfunden“ worden sei.

Durch Strafbefehl vom 15. Februar 2017 legte das Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt dem Angeklagten die Vortäuschung einer Straftat gemäß § 145d Abs. 1 Nr. 1 StGB zur Last. Er habe am 8. September 2016 beim Polizeirevier 6 in Stuttgart angezeigt, dass er seinen Personalausweis im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Stuttgart verloren und ihn zuletzt am 1. April 2016 besessen habe. Er habe zudem angezeigt, er gehe davon aus, eine andere Person habe den Ausweis gefunden und dann nicht abgegeben. In Wahrheit habe der Angeklagte jedoch seinen Personalausweis am 8. April 2016 dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart per Einschreiben mit Rückschein zugeleitet. Gegen den am 17. Februar 2017 zugestellten Strafbefehl legte der Angeklagte am 3. März 2017 rechtzeitig Einspruch ein. Mit Beschluss vom 17. Oktober 2017 wurde das persönliche Erscheinen des Angeklagten zur Hauptverhandlung angeordnet und dieser über die Verwerfung seines Einspruchs bei Nichterscheinen belehrt. Die Zustellung der Belehrung erfolgte am 19. Oktober 2018. Termin zur Hauptverhandlung wurde bestimmt auf den 17. Januar 2018, 11.15 Uhr.

Am Sitzungstag hat das Amtsgericht die Sache pünktlich aufgerufen und sich bei den im Zuschauerraum anwesenden sieben Personen erkundigt, ob hierunter der Angeklagte sei. Es hat mündlich angekündigt, den Einspruch zu verwerfen, sollte der Angeklagte nicht binnen 15 Minuten erscheinen. Sodann hat das Amtsgericht festgestellt, der Angeklagte sei der trotz ordnungsgemäßer Ladung unentschuldig nicht erschienen, und hat den Einspruch gegen den Strafbefehl durch Urteil verworfen. Das Verwerfungsurteil ist dem Angeklagten am 23. Januar 2018 zugestellt worden. Mit Schreiben vom 29. Januar 2018, eingegangen beim Amtsgericht am Folgetag, hat er daraufhin Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wegen Versäumens der Hauptverhandlung beantragt. Mit der angefochtenen Entscheidung vom 9. Februar 2018 hat das Amtsgericht Stuttgart-Bad Cannstatt den Antrag kostenpflichtig zurückgewiesen. Gegen die am 14. Februar 2018 zugestellte Entscheidung richtet sich die sofortige Beschwerde des Angeklagten vom 21. Februar 2018.

II.

Die rechtzeitig eingelegte sofortige Beschwerde ist zulässig, aber unbegründet. Das Amtsgericht hat zu Recht den Wiedereinsetzungsantrag des Angeklagten verworfen. Der Angeklagte hat nicht hinreichend glaubhaft gemacht, dass sein Nicht-Erscheinen zur Hauptverhandlung unverschuldet war. Als „nicht erschienen“ im Sinne der §§ 412, 329 Abs. 1 StPO ist dabei auch der im Gerichts-

saal anwesende Angeklagte anzusehen, der sich nicht als solcher zu erkennen gibt (Eschelbach in: Beck-OK zur StPO, 29. Edition, § 329 Rz. 17).

In der Anlage 2 zum Schreiben vom 29. Januar 2018 hat der Angeklagte geschildert, er sei „in rerum natura [...] im Zuschauerbereich“ der Sitzung gewesen und habe darauf hingewiesen, dass er „der Begünstigte der Person [sei], eine Treuhand jedoch ablehne“. In Anbetracht des Hauptverhandlungsprotokolls, wonach auf Frage des Gerichts eine Person aus dem Zuschauerraum erklärt habe, „Der Herr Hartmann ist beim Oberbürgermeister. Ich bin der Begünstigte der Person, eine Treuhand lehne ich aber ab“, erscheint glaubhaft, dass der Angeklagte sich zur Terminstunde im Sitzungssaal befand. Er hat jedoch keine Umstände glaubhaft gemacht, die es hinreichend wahrscheinlich erscheinen lassen, dass er trotz körperlicher Präsenz im Sitzungssaal „erschieden“ bzw. sein Nicht-Erscheinen entschuldigt war. Vielmehr deuten die im Hauptverhandlungsprotokoll festgehaltenen Äußerungen sowie die Schilderung des Angeklagten, die Vorsitzende habe ihm mitgeteilt, er sei kein „Bestandteil des Verfahrens“ (Zitat des Angeklagten) darauf hin, dass der Angeklagte noch vor der Einspruchsverwerfung erkannte, dass das Gericht seine Äußerungen zu seiner Person nicht verstand und deshalb davon ausging, der Angeklagte sei nicht im Sitzungssaal anwesend; dennoch beseitigte der Angeklagte diesen Irrtum, den er insbesondere durch seine Angabe, Herr Hartmann sei beim Oberbürgermeister, hervorgerufenen hatte, nicht.

III.

Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 473 Abs. 1 StPO.

Posselt
Richter
am Landgericht

Böckenhoff
Richter
am Landgericht

Winkler
Richter
am Landgericht